



Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn



HAUSANSCHRIFT  
Alt-Moabit 101 D  
10559 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11014 Berlin


TEL +49(0)30 18 681-1519  
FAX +49(0)30 18 681-55038

ZI4@bmi.bund.de  
www.bmi.bund.de

**Betreff: Informationsfreiheitsgesetz**

hier: Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. Februar  
2014, Az. 2 BvE 2/13

Bezug: Ihr Antrag vom 22. Januar 2015  
Aktenzeichen: ZI4-13002/4#517  
Berlin, 28. Januar 2015  
Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr 

mit E-Mail vom 22. Januar 2015 beantragen Sie auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) eine Auflistung aller Dokumente die sich inhaltlich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Urt. v. 26.02.2014, Az. 2 BvE 2 /13 u.a.) befassen.

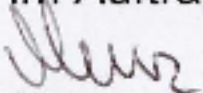
Die von Ihnen erbetene Auflistung liegt im Bundesministerium des Innern nicht vor.

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) enthält lediglich einen Anspruch auf Zugang zu dem konkret vorhandenen behördlichen Informationsbestand. Informationen, die (noch) nicht bei der Behörde vorhanden sind, werden also vom Anspruch nach § 1 Abs. 1 IFG nicht erfasst. Die Behörden sind nicht verpflichtet, Informationen extra für den Antragsteller zu erschaffen, z.B. durch statistische Auswertungen oder Auflistungen von vorhandenen Informationen.

Ich bedaure, Ihnen keine andere Auskunft geben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Menz